

Aschermittwochsrede 2006  
Landesvorsitzender Ministerpräsident Peter Müller

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, bei der CDU ist es gute Tradition, am Aschermittwoch zusammenzukommen und gemeinsam das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen. Doch bei uns in der CDU Saar ist das gemeinsame Heringessen nicht nur politische Tradition, es ist auch ein politisches Familientreffen.

Wenn ich mir anschau, was seit unserem letzten Aschermittwochstreffen alles passiert ist, dann glaube ich, sagen zu können: das ist ganz beachtlich.

Wir befinden uns nicht nur in der zweiten Legislaturperiode mit einer absoluten Mehrheit der CDU im Saarland. Im Landkreis Saarlouis wird die Landrätin wieder von der CDU gestellt. Monika Bachmann hat es in kurzer Zeit geschafft, eine allseits anerkannte Landrätin in diesem Kreis zu werden. Die CDU ist die stärkste Partei im Kreistag. Die CDU stellt die Mehrheiten auf den kommunalen Ebenen. Die CDU hat bei vielen Bürgermeisterwahlen erfolgreich gekämpft und auch die letzte Bürgermeisterwahl in Lebach mit Arno Schmidt klar gewonnen. Viele haben uns gesagt: Das wird ein schwerer Gang. Am Ende dieses schweren Ganges standen 54 %. Ein tolles Ergebnis für Arno Schmidt und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

In den letzten Jahren hat sich viel verändert. Die CDU hat mittlerweile in Stadt und Land die Verantwortung übernommen. Und das ist gut für unser Land. Das ist gut für diesen Kreis. Darauf bauen wir auf. Diese Arbeit setzen wir fort, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Natürlich war jedes Aschermittwochtreffen in den letzten Jahren ein besonderes Aschermittwochtreffen. Das gilt auch in diesem Jahr: Auch dieses Aschermittwochtreffen ist ein besonderes Aschermittwochtreffen. Wenn vor einem Jahr jemand gesagt hätte: Wenn wir uns zum Aschermittwochtreffen im Jahr 2006 treffen, dann werden wir nicht nur Papst sein, sondern dann wird in der Bundesrepublik Deutschland auch die Regierung gewechselt haben, dann wird der rot-grüne Spuk zu Ende sein, dann wird Rot-Grün nicht nur in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen, sondern überall in Deutschland abgewählt sein, dann hätte man dies wahrscheinlich nicht geglaubt. Deshalb sage ich: Dieses Aschermittwochtreffen ist ein besonderes Aschermittwochtreffen weil wir feststellen können, dass Rot-Grün in Deutschland fertig hat. Flasche leer. Das ist gut für Deutschland und etwas, worauf wir gemeinsam aufbauen können.

Dieses Aschermittwochtreffen findet im Jahr Eins der Großen Koalition statt. Und ein Ergebnis dieser Großen Koalition hat der Kreisvorsitzende, in der ihm eigenen Bescheidenheit, eben angesprochen. Ein Ergebnis dieser Großen Koalition ist, dass erstmals in der Geschichte des Aschermittwochtreffens des CDU-Kreisverbandes Saarlouis hier in Schwalbach die Begrüßung von einem Mitglied der Bundesregierung, von einem parlamentarischen Staatssekretär, vorgenommen worden ist. Peter Altmaier, parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium: Auch dies ist eine gute Entwicklung. Lieber Peter, der Bereich Innenpolitik ist sicherlich ein zentraler und kein einfacher Bereich in der Bundesrepublik Deutschland. Wir leben in einer Zeit, in der zwischen innerer und äußerer Sicherheit nicht mehr so unterschieden werden kann, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Wir leben in einer Zeit, in der die so

genannten asymmetrischen Bedrohungen dazu führen, dass wir vor völlig neuen Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit stehen. In den nächsten Wochen und Monaten sowie in den nächsten Jahren, wird uns die Frage der inneren Sicherheit - nicht nur mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft - beschäftigen. Deshalb glaube ich, dass es eine besonders verantwortungsvolle Position ist, die du übernommen hast, die dir Angela Merkel anvertraut hat. Das zeigt das Vertrauen in die saarländische CDU und das Vertrauen in deine Person. Deshalb wünschen wir dir viel Erfolg und eine glückliche Hand bei deiner neuen Arbeit.

Offensichtlich zehrt deine anspruchsvolle Arbeit an dir. Wenn ich das richtig gesehen habe, hast du kräftig abgenommen. Ich wünsche dir durchaus noch ein paar Pfunde weniger. Aber die Leistungsfähigkeit muss erhalten bleiben, damit die Herausforderungen, vor denen wir stehen, bewältigt werden können. Damit, und das will ich an dieser Stelle hinzufügen, auch neue Antworten gegeben werden können. Wenn es so ist, dass innere und äußere Sicherheit nicht mehr unterschieden werden können und wenn es so ist, dass wir vor neuen Herausforderungen stehen, dann müssen wir uns auch auf neue Handlungsoptionen und neue Instrumente zum Schutz der Menschen in Deutschland und zum Schutz derjenigen, die unsere Gäste sind, verständigen. Mir will es jedenfalls nicht einleuchten, dass dasjenige, was beispielsweise als Aufgabe von der Bundeswehr ganz selbstverständlich im Kosovo und in Afghanistan wahrgenommen wird, zum Schutz der eigenen Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich sein soll. Der Schutz unserer Landsleute ist doch ebenso wichtig, wie der Schutz anderer auf dieser Welt.

Deshalb muss ich sagen: Wir haben in den letzten Tagen die eine oder andere juristische Entscheidung zur Kenntnis genommen, die ich für diskussionsbedürftig halte. Wir haben bei der Frage, wie sichern wir den Luftraum in der Bundesrepublik Deutschland, auch vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungen, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gehabt, die zu dem Ergebnis kommt, dass Zwangsmaßnahmen immer dann nicht möglich sind, wenn in einem Flugzeug möglicherweise auch Leute sind, die nicht beteiligt sind. Ein Urteil, das zu dem Ergebnis kommt, dass durch die bloße Beteiligung, oder die Behauptung der Beteiligung von Personen, die nicht selbst Terroristen sind, der Staat reduziert wird auf Untätigkeit. Ich glaube, dass über dies alles noch einmal nachgedacht werden muss. Wir werden Terroristen nicht mit Wasserwerfern allein bekämpfen können. Der Staat hat das Recht, sich gegen Terroristen zu verteidigen und dabei auch Gewalt einzusetzen. Wir brauchen Rechtssicherheit, wir brauchen Rechtsklarheit. Wir dürfen die Sicherheitskräfte nicht alleine lassen. Die Politik ist gefordert.

Das Jahr Eins der Großen Koalition ist sicherlich ein Jahr, das uns vor viele neue, aber auch alte Aufgaben und Herausforderungen stellt. Manche sagen, die Große Koalition sei nicht nur unerwartet, sie sei auch ungewollt gewesen. Richtig daran ist, dass sicherlich viele ein anderes Wahlergebnis gewünscht haben. Auch wir in der Union haben uns ein anderes Wahlergebnis gewünscht. Auch wir haben mit einem anderen Wahlergebnis gerechnet. Wir haben gedacht, dass wir besser abschneiden in Deutschland und im Saarland. Wir wollten eine eigene gestaltungsfähige Mehrheit. Wir haben diese gestaltungsfähige Mehrheit bei der Bundestagswahl nicht erreicht. Deshalb sind wir mit dem Wahlergebnis in Deutschland und im Saarland nicht zufrieden. Andere haben nach diesem Wahlergebnis von einem Erfolg gesprochen. In Sonderheit die saarländischen Sozialdemokraten. Die saarländischen Sozialdemokraten haben das schlechteste Ergebnis der SPD seit 1957 erzielt. Nirgendwo in

Deutschland haben die Sozialdemokraten so viele Stimmen verloren wie im Saarland. Das war für die saarländischen Sozialdemokraten ein Erfolg. Ich finde, wenn man das als Erfolg definiert, sollten die Sozialdemokraten in diesem Land auf diesem Weg ruhig weiter gehen. Dagegen haben wir überhaupt nichts. Unser Anspruch ist ein anderer. Wir wollen nicht nur in den Kommunen, wir wollen nicht nur in den Kreisen, wir wollen nicht nur im Land die dominierende politische Kraft sein. Wir wollen auch auf Bundesebene noch stärker werden als wir jetzt sind.

Diese Große Koalition ist das Ergebnis der Bundestagswahl. Ein anderer hat heute gesagt: Diese Große Koalition ist eine Lebensabschnittsgemeinschaft. Lebensabschnittsgemeinschaften sind darauf angelegt, irgendwann durch etwas Besseres ersetzt zu werden. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das heißt aber natürlich auch, dass wir fragen müssen: Warum haben sich denn unsere Hoffnungen, unsere Erwartungen, warum hat sich dasjenige, was uns die Demoskopen vorhergesagt haben, bei der Bundestagswahl nicht realisiert? Warum war das Wahlergebnis schlechter als alle Umfragen? Sicher ist damit einmal mehr bewiesen: Umfragen bilden keine Stimmungen ab, sondern mit Umfragen macht man Stimmung. Wenn es noch eines Zweifels bedurft hätte, steht spätestens nach dieser Wahl fest, dass man den Demoskopen misstrauen sollte. Was aber hat zu diesem Ergebnis geführt? Ich glaube, eine Botschaft dieses Wahlergebnisses, die wir sehr ernst nehmen müssen, ist die Botschaft, dass uns von den Menschen in Deutschland die Wirtschaftskompetenz zwar zugetraut worden ist, die Menschen in Deutschland aber die Befürchtung hatten, dass bei einer Übernahme der Regierungsverantwortung alleine durch die Union oder gar in einer CDU/CSU/FDP-Koalition, die Fragen der sozialen Gerechtigkeit nicht in einem ausreichenden Umfang Berücksichtigung finden. Das müssen wir sehr ernst nehmen, da dies ans Mark und an die Identität der CDU geht. Die CDU, und insbesondere die CDU Saar, ist nicht die Partei der Marktwirtschaft, nicht die Partei des Neoliberalismus, sondern die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist die Partei, die ökonomische Effizienz und soziale Ausgewogenheit immer miteinander verbunden hat. Ohne soziale Gerechtigkeit kann unser marktwirtschaftliches System nicht funktionieren. Dafür müssen wir stehen, das müssen wir immer wieder deutlich machen.

Deshalb glaube ich, dass wir auch jetzt, in der Regierungsverantwortung, verpflichtet sind, deutlich zu machen, dass dies die Maxime unseres Handelns ist. Eine Rollenverteilung dieser Großen Koalition nach dem Motto: Die einen sind für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Reformen zuständig, nämlich die CDU, und die anderen stehen für den Bereich der sozialen Gerechtigkeit, nämlich die Sozialdemokraten - das kann nicht unser Ziel, das kann nicht akzeptabel sein. Wir werden unser soziales Profil immer wieder deutlich machen. Die CDU braucht ein eigenes Profil, auch in der Großen Koalition. Die CDU darf in dieser Großen Koalition ihr eigenes Gesicht nicht verlieren. Deshalb müssen wir immer wieder deutlich machen, dass wir nach dem Grundsatz verfahren: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Diejenigen, die leistungsfähiger sind, sollen etwas von dieser Leistung haben. Wer leistet, soll besser stehen als derjenige der nicht leistet. Aber wer leistungsfähiger ist, der kann auch stärker in Anspruch genommen werden, der muss auch stärkere Beiträge im Bereich der Solidarität erbringen. Das ist ein Stück christdemokratische Identität und daran müssen wir uns orientieren. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Dass dies unsere Maxime ist, ist vor der Bundestagswahl

nicht deutlich geworden. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt wieder nach dieser Maxime verfahren.

Ich glaube, wir müssen auch über ein anderes Thema reden. Wir müssen uns wieder fragen, was ist denn eigentlich das Ziel, was ist denn eigentlich die innere Logik unseres Wirtschaftssystems? Ich glaube, dass wir an dieser grundlegenden Debatte nicht vorbeikommen. Mein Eindruck ist, dass unter dem Druck der Globalisierung zunehmend in der Bundesrepublik Deutschland nach der Maxime verfahren wird: Wir können ja doch nichts ändern, wir können ja doch nichts gestalten. Die Globalisierung findet halt statt und Globalisierung heißt, es geht nur noch nach den Kapitalinteressen in der Bundesrepublik Deutschland. Was den Kapitaleignern nutzt, was den Unternehmen nutzt, was die Renditen noch oben treibt – das sei ja nun das einzige, worauf es ankommt. Hier will ich klar und deutlich sagen. Das ist nicht die Idee der sozialen Marktwirtschaft wie sie Ludwig Erhard entwickelt hat. Dessen Philosophie war immer: Nicht der Mensch ist für die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft ist für den Menschen da. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, das allen nutzt. Wohlstand für alle, Arbeit für alle, Eigentum für alle. Das sind die Maximen, an denen wir uns zu orientieren haben.

Das System der sozialen Marktwirtschaft war auch deshalb bei den Menschen akzeptiert, weil ein Satz galt, der heute zunehmend in Frage gestellt ist. Dieser Satz lautete: Wenn es meinem Unternehmen gut geht, dann geht es auch mir persönlich gut. Wie aber ist der Befund heute? Ich spreche nicht von den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ich spreche von den großen Unternehmen, die an der Börse notiert sind, deren Aktienkurse wir täglich nachlesen können. Dort lautet der Befund, dass steigende Gewinne nicht selten kombiniert werden mit der Erklärung: Wir müssen Arbeitsplätze abbauen, wir müssen hunderte, wir müssen tausende von Menschen entlassen. Ich glaube, dass das ein Befund ist, über den wir zu reden haben, über den wir nicht schweigen dürfen. Ich glaube, dass das ein Befund ist, bei dem wir auch die Wirtschaftslenker in die Pflicht nehmen müssen. Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an den kleinen und mittelständischen Unternehmen, an den Handwerksbetrieben, an den kleinen Handeltreibenden. Diese Unternehmen sind geprägt durch ein hohes Maß an sozialer Verantwortung. Diese Unternehmen sind durch die Einstellung geprägt: Bevor ich jemanden, den ich persönlich kenne, mit dem ich seit vielen Jahren zusammenarbeite, entlasse, überlege ich es mir zehnmals, ob es nicht einen Weg gibt, diesen Arbeitsplatz zu erhalten. Der Mittelstand in Deutschland hat Arbeitsplätze aufgebaut, die Großunternehmen in Deutschland haben Arbeitsplätze abgebaut. Wenn dies so ist, glaube ich, dass Politik der sozialen Marktwirtschaft in erster Linie Politik für diejenigen sein muss, die Arbeitsplätze aufbauen. Das sind die kleinen, die mittleren Unternehmen. Diese verdienen unsere Unterstützung.

Ich glaube, dies ist eine gute Chance für die Besinnung auf die grundlegenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der angekündigten Diskussion um ein Grundsatzprogramm der CDU. Ich halte es für richtig, dass - auch und gerade in Zeiten der Großen Koalition - die CDU über diese Diskussion und das Grundsatzprogramm ihre eigene Identität und die Grundlagen ihrer Politik beschreibt sowie die ethischen Maximen darstellt, an denen ihre Politik sich ausrichtet. Wir müssen deutlich machen, was uns von den Sozialdemokraten unterscheidet. Wir müssen deutlich machen, dass für Christdemokraten der Ausgang aller Politik die unveräußerliche Würde jedes einzelnen Menschen ist. Wir müssen deutlich machen, dass bei der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit, Christdemokraten primär

auf der Seite der Freiheit stehen, dass für uns gilt: Leistung geht vor Verteilung, Leistungsgerechtigkeit vor Verteilungsgerechtigkeit. Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit dürfen aber nicht vergessen werden. Dass für uns der Grundsatz gilt: Privat vor Staat, Subsidiarität vor Solidarität. Eigenverantwortung muss wahrgenommen werden in dieser Gesellschaft. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Ursache für das enttäuschende Ergebnis bei der Bundestagswahl die Tatsache war, dass wir viel über pragmatische Fragen, viel über Tagespolitik und viel über Steuersätze aber wenig über die Werte, die unserer Politik zugrunde liegen, wenig über das Menschenbild, dass unserer Politik zugrunde liegt, geredet haben.

Deshalb ist es gut und richtig, dass wir dieses Leitbild, an dem wir uns orientieren, im Zuge der Diskussion um die Überarbeitung des Grundsatzprogrammes noch einmal aufarbeiten wollen. Wir müssen uns noch einmal darauf besinnen, was denn eigentlich der Kitt ist, der diese Gesellschaft zusammenhält und aus dem heraus diese Gesellschaft organisiert wird. Das sind die Menschenrechte, die Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, die Sozialstaatlichkeit und die Demokratie. All das sind keine abstrakten Prinzipien. Ich will nur ein Beispiel in dem Zusammenhang nennen: Wenn wir in diesen Tagen den Streit um einige Karikaturen erlebt haben, der weltweit ausgetragen worden ist und wenn wir dabei erlebt haben, wie schwierig das Verhältnis von Pressefreiheit auf der einen Seite und der Religionsfreiheit auf der anderen Seite sein kann, dann glaube ich, hat es auch etwas mit unseren Grundwerten und mit unserem Bekenntnis zur Menschenwürde zu tun, wenn wir sagen: Bei aller Berechtigung dazu, Verletztheit zum Ausdruck zu bringen, darf diese Verletztheit niemals mit Gewalt zum Ausdruck gebracht werden. Gewalt ist immer eine falsche Antwort, egal in welchem Zusammenhang sie angewendet wird.

Ich füge eines hinzu: Vielleicht ist dieser Streit um die Bewertung dieser Karikaturen auch deshalb so ausgetragen worden, weil zwei Dinge aufeinander geprallt sind. Auf der einen Seite der islamische Fundamentalismus, der diese Karikaturen zu instrumentalisieren versucht hat. Ein Fundamentalismus, dem die aufklärerische Tradition fehlt, die bisher bei den Islamisten nicht stattgefunden hat. Auf der anderen Seite die Wertebeliebigkeit des Westens, verbunden mit dem Umstand, dass wir nicht mehr ausreichend in der Lage sind, für unsere Überzeugungen, Menschenbilder und Wertentscheidungen einzutreten. Im Westen ist eine Tendenz zur Wertebeliebigkeit zu beobachten. Das ist nicht zukunftsfähig. Zukunftsfähig ist eine Gesellschaft nur, wenn sie sich klar zur ihren Grundwerten bekennt. Toleranz kann gegenüber Intoleranz nie die richtige Antwort sein. Intoleranz ist nicht akzeptabel. Wir müssen uns wieder stärker zu unseren eigenen Werten bekennen. Deshalb ‚Ja‘ zur Toleranz gegenüber anderen Religionen. Deshalb ‚Ja‘, auch im europäischen Kontext, zur Zusammenarbeit über alle Religionsgrenzen hinweg. Die Religionsfreiheit ist ein gutes, ein unantastbares, ein wichtiges Gut in dieser Gesellschaft. Deshalb können auf der Basis unserer Vorstellung von unveräußerlicher Menschenwürde Christen, Juden, Moslems, Atheisten zusammenarbeiten und diese Gesellschaften gestalten. Sie sind alle eingeladen und herzlich willkommen.

Für gerechtfertigt halte ich es allerdings in diesem Zusammenhang, über die Frage zu reden, wer denn Mitglied unserer Staatsgemeinschaft, wer Deutscher wird. Ich halte es auch für gerechtfertigt, dass die Frage gestellt wird, ob diejenigen, die deutsche Staatsbürger werden möchten, auch zu den Prinzipien des Grundgesetzes stehen und diese anerkennen. Dass diese Nachfrage stattfindet, scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein. Aber genau so wie wir uns verpflichtet fühlen zur Tole-

ranz gegenüber jedem anderen Bekenntnis, - auch gegenüber dem Nichtbekenntnis - muss umgekehrt in anderen Kulturkreisen das gleiche Prinzip gelten. Wer dafür eintritt, dass bei uns in den Moscheen die Menschen ihren moslemischen Glauben praktizieren, der muss auch dafür eintreten, dass in der moslemischen Welt Kirchen gebaut werden dürfen. Auch dies ist sicher ein Bereich, in dem es darum geht, ein Stück Selbstvergewisserung in unserer Gesellschaft vorzunehmen.

Ich will einen zweiten Bereich nennen: Wir haben in den ersten Wochen der neuen Bundesregierung eine intensive Debatte über die Frage der Familienpolitik erlebt. Ich halte diese Debatte für richtig und notwendig. Natürlich müssen wir vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland eines der geburtenärmsten Länder der Welt ist, darüber nachdenken, was wir gemeinsam tun können, damit die Zahl der Geburten in Deutschland wieder ansteigt. Deshalb ist es auch richtig, dass die neue Bundesregierung eine Diskussion begonnen hat über die Frage: Wie verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Was können wir dafür tun, dass Frauen, die dies wollen, ihre beruflichen Vorstellungen vereinbaren können mit der Entscheidung für ein Kind? Der Kinderwunsch ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht zurückgegangen. Zurückgegangen ist die Bereitschaft, sich diesen Kinderwunsch tatsächlich zu erfüllen. Deshalb ist das eine richtige und eine vernünftige Debatte.

Aber liebe Freunde, eins will ich dann schon hinzufügen: Bei dieser Debatte dürfen wir nicht vergessen, dass es nicht Aufgabe des Staates sein kann, den Menschen vorzuschreiben, welchen Lebensentwurf sie leben. Das müssen die Menschen selbst entscheiden. Es gibt sehr unterschiedliche Lebensentwürfe, die möglich sind. Es gibt die Möglichkeit der Alleinerziehenden. Es gibt die Möglichkeit der Doppelverdienerfamilien. Es gibt die Möglichkeit der Alleinverdienerfamilien. Es soll jeder nach seiner Fassung glücklich werden. Deshalb muss eine Maxime christdemokratischer Familienpolitik die Wahlfreiheit sein. Wir dürfen keine Strukturen schaffen, die ein Lebensmodell privilegiert und ein anderes benachteiligt. Die Erziehungsleistung muss dem Staat in jedem Fall gleich viel Wert sein – egal, ob in der Allein- oder in der Doppelverdienerfamilie. Dafür müssen wir uns einsetzen. Auch das ist ein Stück christdemokratische Identität.

Eine Randbemerkung möchte ich mir an dieser Stelle zusätzlich gestatten. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir die familienpolitische Diskussion in Deutschland wirklich richtig führen. Wir reden immer nur über die Frage: Was kostet ein Kind? Ein Kind kostet soviel wie ein Einfamilienhaus – stimmt. Wenn Sie sich die Berechnungen anschauen, dann ist das so. Wir reden immer nur über die Frage, wieviel Belastung mit Kindern verbunden ist. Natürlich ist mit Kindern Belastung verbunden. Ich weiß das als Papa von drei Buben - meine Frau weiß es besser, weil sie sich intensiv um die drei kümmert. Aber liebe Freunde, Kinder und Familie, das ist doch nicht nur Belastung, das ist auch ein Stück Erfüllung, das ist auch die Erfahrung von Zukunft und deshalb lasst uns wieder mehr reden über Freude an Kindern und über Familienglück. Auch diese Debatte sollten wir in Deutschland öfter führen und nicht immer nur jammern und lamentieren.

Ich will in dem Zusammenhang hinzufügen, dass Erziehung Verantwortung und die Wahrnehmung von Verantwortung für die jeweilige Familie und für unser Gemeinwesen bedeutet. Und die Übernahme dieser Verantwortung verdient Anerkennung und Unterstützung. Wahr ist allerdings auch, dass nicht in allen Fällen diese Verantwor-

tung angemessen wahrgenommen wird. Wahr ist auch, dass wir leider in einer Gesellschaft leben, in der wir zunehmend Fälle der Verweigerung elterlicher Verantwortung und damit verbunden der Verwahrlosung von Kindern zur Kenntnis zu nehmen haben. Der Staat und die Gesellschaft können und dürfen nicht wegsehen. Wir müssen helfen, damit Erziehungsverantwortung wahrgenommen werden kann. Dazu gibt es eine Vielzahl an Initiativen im Saarland. Es gibt die Initiative der Bündnisse für Familien auf kommunaler Ebene. Künftig werden alle Eltern von Neugeborenen mit einem Scheck begrüßt, um Erziehungsfortbildung wahrnehmen zu können. Aber Fakt ist auch, dass wir eigentlich in einem erheblichen Teil der Entwicklung der Kleinkinder keinerlei staatliche Kontrollen haben. Das gilt bis zum Zeitpunkt der Einschulung. Das ist ein schwarzes Loch. Und deshalb glaube ich, dass es gut und richtig ist, wenn in diesem Zusammenhang vom Saarland - unter der Führung des Gesundheitsministers Josef Hecken - eine Initiative ausgeht. Wenn Josef Hecken sagt: Die Vorsorgeuntersuchungen - die jetzt schon vorgesehen sind, von den Krankenkassen bezahlt werden und die Eltern nicht belasten - wollen wir künftig verpflichtend machen und kontrollieren, ob die Vorsorgeuntersuchungen stattgefunden haben. Wir wollen sehen, was mit den Kindern los ist, wie sich die Situation der Kinder darstellt und nicht mehr hinnehmen, wenn Eltern ihre Kinder nicht zu diesen Vorsorgeuntersuchungen bringen. Wenn dies geschieht, ist das ein Alarmzeichen. Wir schauen nicht weg – wir schauen hin. Pflichtuntersuchungen sind eine richtige Antwort, das ist eine richtige Initiative. Danke, Josef Hecken!

Bei der Familienpolitik handelt sich sicherlich um einen originären Teil der politischen Identität von uns Christdemokraten. Ich habe die Familienpolitik auch gerade mit Blick auf die Notwendigkeit, dass wir uns noch einmal auf unsere Grundlagen besinnen, angesprochen. Unabhängig von der Stärkung, von der Besinnung auf das eigene Profil der Christdemokraten, werden wir natürlich in den nächsten Jahren mit der Großen Koalition zu leben und die Politik zu gestalten haben.

Liebe Freunde, dies will ich in aller Öffentlichkeit sagen: Diese Große Koalition, das muss unser gemeinsames Bestreben sein, soll in dieser Legislaturperiode Erfolg haben. Wir wollen im Interesse der Menschen in Deutschland alles in unserer Macht stehende tun, damit diese Große Koalition bis zum nächsten Wahltag, bis zur Bundestagswahl, eine erfolgreiche Große Koalition ist. Ich glaube, das sind wir den Menschen in Deutschland schuldig.

Ich glaube, dass wir das auch der Stabilität unseres Parteiensystems schuldig sind. Wer in Kategorien denkt, wonach diese große Koalition so schnell wie möglich an die Wand gefahren werden sollte, der muss wissen, dass ein Scheitern der Großen Koalition grundsätzlich das in Frage stellen des Parteiensystems in der BRD bedeutet. Wer ein Interesse am Scheitern der Großen Koalition hat, der hat ein Interesse daran, dass sich Handlungsspielräume für extreme Kräfte dieser Gesellschaft, egal von ganz rechts oder von ganz links, öffnen. Das kann in niemandes Interesse sein. Wir wollen weder diejenigen von ganz rechts, noch diejenigen von ganz links jemals wieder in Deutschland in der politischen Verantwortung sehen. Die von ganz rechts haben in den zwölf dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte Not und Elend über Millionen von Menschen gebracht. Die von ganz links haben in der Zeit nach 1945 in unserem Vaterland Verantwortung getragen und einen Teil unseres Vaterlandes ruiniert. Liebe Freunde, wenn ein Apostel der sozialen Gerechtigkeit - dazu hat er sich jedenfalls selbst ernannt - nicht weit von hier in einer bescheidenen Hütte beheimatet, jetzt beschlossen hat, Mitglied der Linkspartei zu werden und gemeinsame Sache

mit Gysi, Bisky und Modrow zu machen, dann sage ich: Das ist jemand, der die Herausforderung der Geschichte nicht erkannt hat. Dieses Land ist zu schade, um denjenigen in die Hände zu wirtschaften, die die DDR ruiniert haben oder deren unmittelbare Nachfolger sind. Das ist der Weg, den Oskar Lafontaine in diesem Lande gegangen ist. Das ist ein falscher Weg. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Weg scheitert.

Dazu zählt dann aber auch, dass wir gemeinsam für den Erfolg der Großen Koalition arbeiten. Ich glaube der Start, Peter Altmaier hat es bereits angesprochen, kann als gelungen bezeichnet werden. Es ist gut losgegangen. Dass es gut losgegangen ist, ist in erster Linie mit einem Namen verbunden: Nämlich mit dem Namen der Bundeskanzlerin, Angela Merkel. Sie nimmt hervorragend die Aufgaben als Kanzlerin wahr. Sie vertritt die Interessen Deutschlands hervorragend in der Welt, macht deutlich, wie man deutsche Interessen vertritt, ohne sich zu verbiegen oder zum Schmeichler zu machen. Peter Altmaier hat eben gesagt: Das war der beste Start eines Bundeskanzlers in der Geschichte der BRD. Da ich mich mit Konrad Adenauer nicht genau auskenne, will ich dies nicht abschließend beurteilen. Aber eins ist ganz sicher: Es war ein Start, der auch geprägt war durch Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, und die Bereitschaft, auch unangenehme Dinge anzusprechen. Angela Merkel ist zu Putin gefahren und hat nicht nur über Gaslieferungen, sondern auch über Tschetschenien gesprochen. Angela Merkel ist nach Washington gereist und hat nicht nur die Freundschaft mit den Amerikanern beschworen, sondern auch gesagt, dass es einen Ort wie Guantanamo auf Dauer nicht geben darf, da dies unseren Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit widerspricht. Davor habe ich Respekt. Offen und geradlinig die Meinung zu sagen und nicht - wie Schröder – heuchlerisches Schönreden. Auch dies ist in Deutschland besser geworden, liebe Freunde.

Ich glaube, dass wir eine gute Basis haben, um die Aufgaben, die vor uns liegen, anzugehen. Aufgaben, die nicht einfach wahrzunehmen sind in einer Zeit, in der das Vertrauen in die Politik und in die Parteien, aber auch in andere Eliten in dieser Gesellschaft - egal ob wir über Manager, Medien oder über Gewerkschaftsfunktionäre reden - gesunken und niedrig ist. Ich glaube, dass wir dieses Vertrauen zurück erwerben können, wenn wir in der Lage sind, drei zentrale Fragen zu beantworten. Diese zentralen Fragen, die die Menschen beschäftigen, lauten: Wie sieht es aus mit meiner Arbeit – wie sicher ist mein Arbeitsplatz oder wie groß ist meine Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen? Die zweite zentrale Frage heißt: Was geschieht, wenn ich alt bin? Wie sieht meine Versorgung im Alter aus? Und die dritte Frage: Was passiert, wenn ich krank werde? Wie ist meine Versorgung im Falle der Krankheit? Das sind die drei großen Lebensrisiken. Eine Politik, die Vertrauen erwerben will, muss Antwort auf diese Fragen geben oder zumindest den Mut besitzen, einzugestehen, dass man diese Fragen zu 100 % und in jeder einzelnen Verästelung nicht beantworten kann. Deshalb glaube ich, dass dies die Felder sind, in denen sich die Zukunft der Großen Koalition, die Zukunft unserer Partei und damit auch die Zukunft der BRD entscheidet.

Das erste große Thema ist sicherlich das Thema Beschäftigung. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, die Arbeitslosenquoten in der BRD erkennbar zurückzuführen. Ich halte nichts davon, irgendwelche Zahlen mit irgendwelchen Daten zu verbinden. Am Ende kann niemand konkret voraussagen, welche Arbeitslosenquote wir im Jahr 2008, im Jahr 2009 oder im Jahr 2010 haben werden. Aber was wir beantworten müssen ist die Frage: Was tun wir, damit mehr

Beschäftigung in Deutschland entsteht? Wir müssen diese Frage beantworten mit Blick auf alle, die vom Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Nicht nur mit Blick auf die höher Qualifizierten, nicht nur mit Blick auf die besonders Leistungsfähigen. Eine soziale Marktwirtschaft erfüllt ihren Anspruch, Arbeit für alle zu generieren, nur dann, wenn niemand vergessen wird und wir uns um jeden Arbeitslosen bemühen. Die Mehrzahl der Arbeitslosen in der BRD sind gering Qualifizierte, sind Leute ohne Ausbildung, sind Leute ohne Berufsabschluss. Ihnen muss unser besonderes Augenmerk gelten. Es gibt Leute, die sagen, in Zeiten der Globalisierung muss man mit einer 2/3 Gesellschaft leben. 2/3 profitieren von der Globalisierung und die anderen müssen eben versorgt werden - und dies so kostengünstig wie möglich. Das kann unsere Vorstellung nicht sein. Wir wollen Arbeit für alle und niemanden vergessen.

Das heißt natürlich, dass wir über die Frage reden müssen, wie es uns gelingt, Arbeitsplätze für Menschen zu erhalten, die geringer qualifiziert und stärker praktisch begabt sind und es unter dem Kostendruck in Zeiten der Globalisierung noch schwerer haben, als in der Vergangenheit. Eine Antwort, das ist meine feste Überzeugung, lautet ‚Kombilohn‘. Wenn es so ist, dass praktische Tätigkeiten, die sich auch internationaler Konkurrenz stellen müssen, bei uns nur zu Preisen erbracht werden können, die kein unterhaltssicherndes Einkommen gewährleisten, dann glaube ich, ist es zwar richtig, dass in diesen Fällen für die geleistete Arbeit ein angemessener Preis bezahlt wird. Wenn das Einkommen desjenigen, der diese Arbeit erbringt, aber nicht unterhaltssichernd ist, muss es entsprechend aufgestockt werden. Er muss von seiner Arbeit etwas haben. Es muss etwas übrig bleiben am Ende des Monats. Es darf nicht so sein, dass dies alles oder überwiegend auf die Transferleistungen angerechnet wird. Es ist allemal besser im Zuge des Kombilohns einem gering Qualifizierten eine zusätzliche Leistung zu gewähren, als ihn als Arbeitslosen voll zu versorgen. Das ist nicht nur teurer, das ist insbesondere weniger menschenwürdig. Menschenwürde und das Recht auf Arbeit gehören zusammen. Deshalb dürfen wir bei diesen Bemühungen auch nicht nachlassen.

Dies setzt allerdings auch voraus, das will ich offen sagen, dass wir die Strukturen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein Stück weit flexibilisieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir betriebliche Bündnisse für Arbeit brauchen. Ich bezweifle indes, dass sie mit dem Koalitionspartner umzusetzen sind. Trotzdem müssen wir dieses Instrument einfordern. Mit Blick auf die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes bin ich der Auffassung, dass es allemal besser ist, mit einem geringeren Kündigungsschutz eine Arbeit zu haben, als mit einem großen Kündigungsschutz arbeitslos zu sein. Wenn ich arbeitslos bin, nützt mir der beste Kündigungsschutz nichts.

Wenn wir mehr Beschäftigung wollen, gilt: Natürlich müssen wir über Wachstum reden. Natürlich müssen wir über die Frage der Innovation reden. Natürlich müssen wir über die Entwicklung neuer Arbeitsplätze durch eine Verbesserung der Forschungsinfrastruktur, der Wissenschaftsinfrastruktur in unserem Land reden. Die Große Koalition hat gesagt, sie will den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2010 auf drei Prozent steigern. Ich halte das für richtig. Die Arbeitsplatzintensität in diesen Bereichen ist überdurchschnittlich hoch. Das setzt voraus, dass wir Mittel in diesen Bereichen zusätzlich zur Verfügung stellen. Auch dies halte ich für richtig. Wir leben in Deutschland in einer Schieflage. Diese müssen wir zur Kenntnis nehmen. Eine Schieflage, die dadurch geprägt ist, dass wir zu wenig für Innovation ausgeben, dass das Verhältnis zwischen Ausgaben zur Finanzierung der Vergangenheit, die notwendig sind, und Ausgaben zum Erringen

der Zukunft nicht in Ordnung ist. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt von 80 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung belaufen sich gerade einmal auf ein Zehntel, also auf 8 Milliarden Euro. Das ist zu wenig Investition in die Zukunft. Deshalb müssen wir einen Schwerpunkt in diesem Bereich setzen. Ich glaube, das ist vernünftig. Notwendig ist allerdings auch, dass – vorausgesetzt diese Mittel werden in diesen Bereichen eingesetzt – wir nicht nur diejenigen sind, die forschen und Erfindungen machen. Wir müssen dann auch diejenigen sein, die die Produkte herstellen, die sich aus diesen Erfindungen ergeben. Es nutzt nichts, dass wir den Computer erfunden haben. Es nutzt nichts, dass wir das Fax-Gerät erfunden haben. Es nutzt nichts, dass wir den MP3-Player erfunden haben, wenn anschließend die Geräte in Japan und in den Vereinigten Staaten gebaut werden. Innovation ist die wirtschaftlich erfolgreiche Umsetzung neuer Ideen. Darum müssen wir uns intensiv kümmern. Und unser Saarland hat in dem Bereich Innovationsförderung unter der CDU-geführten Landesregierung eine Vorreiterrolle übernommen. Unsere Innovationsstrategie ist als vorbildlich weit über die Grenzen unseres Landes hinaus anerkannt.

Wir werden darüber hinaus unter dem Beschäftigungsgesichtspunkt auch über eine vernünftige, über eine zukunftsgerichtete Energiepolitik reden müssen. Ich will dieses Thema ganz bewusst hier ansprechen. Versorgung mit Energie zu günstigen Preisen und Energiesicherheit sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist es gut und richtig, dass die neue Bundesregierung gesagt hat: Wir wollen endlich, nachdem Rot/Grün nicht dazu in der Lage war, ein nationales Energieprogramm beschließen.

Wir wollen in diesem nationalen Energieprogramm definieren, welchen Beitrag zur Energieversorgung welche Energieträger leisten. Welchen Beitrag leisten die regenerativen Energien, wie etwa die Wind- und Sonnenenergie oder die Biomasse? Dabei ist ein Ziel von 20 % auf der Zeitachse bis zum Jahr 2020 anvisiert. Ob das erreichbar ist, weiß ich nicht. Ich will an dieser Stelle aus meiner Sicht hinzufügen: Wir müssen auch ein bißchen über die Frage reden, welche regenerative Energie übernimmt welche Rolle? Ich bin ein Freund regenerativer Energien. Wenn im Bereich der Windenergie jedoch mittlerweile von den Ökologen eine Debatte darüber geführt wird, ob das, was wir in diesem Bereich machen, alles so vernünftig ist, dann sollte man auch davor die Augen nicht verschließen. Nicht überall in diesem Land ist ein Windrad richtig aufgestellt. Das ist jedenfalls meine Überzeugung.

Wir müssen über die Rolle fossiler Energieträger reden - fossile Energieträger, die immer mit Umweltproblemen verbunden sind. Die immer, und das gilt in Besonderheit für die Steinkohle, mit dem CO<sub>2</sub>-Problem verbunden und in ihrem Vorkommen endlich sind. Ich bin fest davon überzeugt: Wir brauchen in Deutschland eine Strategie weg vom Öl. Wir werden Ölvorräte nur noch für eine begrenzte Zeit zur Verfügung haben. Schweden ist das erste europäische Land, das sich zum Ziel gesetzt hat, in den nächsten Jahren die Energieversorgung völlig unabhängig vom Öl zu gestalten. Wir werden in diesem Zusammenhang auch zu reden haben, über den Beitrag der Steinkohle zur Energieversorgung. Ich will an dem Punkt deutlich sagen: Der Beitrag der Steinkohle zur Energieversorgung ist eine Frage, die zu unterscheiden ist von dem Beitrag der deutschen Steinkohle zur Energieversorgung. Wir haben weltweit erhebliche Vorkommen an Steinkohle. Auch in politisch sicheren Ländern, auch in Ländern, in denen die Förderung der Steinkohle zu vernünftigen Konditionen statt-

findet, wie in Australien, Kanada und in einigen anderen Ländern mehr. Die Frage des Beitrags der Steinkohle zur Energieversorgung ist demnach abzuheben von der Frage der Zukunft der Steinkohleförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Ich sage hier im Kreis Saarlouis, dass die saarländische Landesregierung bei den anstehenden Gesprächen, bei der anstehenden neuen Kohlerunde, an ihrem Konzept festhalten wird. Ein Konzept von dem ich weiß, dass es die Maximalforderung weder in die eine noch in die andere Richtung zufrieden stellt. Ein Konzept, das einen sozialverträglichen Auslaufbergbau in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Wenn es schon nicht möglich ist, ein solches Konzept national umzusetzen, so biete ich von dieser Stelle aus das an, was ich bereits an anderer Stelle auch angeboten habe: Verständigen wir uns wenigstens auf ein regionales Auflaufsszenario für den Steinkohlenbergbau hier im Saarland. Wenn es schon in dieser Koalition nicht möglich ist, und vieles spricht dafür, dass wir uns insgesamt darüber verständigen, wie lange der Steinkohlenbergbau in Deutschland noch stattfindet, dann sollten wir uns wenigstens darüber verständigen, wie lange Steinkohlenbergbau im Saarland noch stattfindet. Wann er zu Ende ist und wie wir das Geld, das wir dabei sparen, einsetzen können um neue zukunftsfähige Strukturen zu erschließen.

Wir befinden uns in diesem Bereich, das muss man ehrlich sagen, in einem Dilemma. Auf der einen Seite gilt es hier die Situation der Bergleute, für die der Bergbau Arbeit und Brot ist, zu berücksichtigen. Die über den Bergbau ihre Familien versorgen. Das ist ein Interesse, das eine Landesregierung ernst zu nehmen hat. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Und deshalb haben wir uns immer eingesetzt für ein Modell der sozialverträglichen Anpassung ohne betriebsbedingte Kündigung. Im Saarland waren einmal über 60.000 Menschen im Bergbau beschäftigt. Es ist uns gelungen, sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigung, die Zahl derjenigen, die unter Tage beschäftigt sind, um mehr als 90 % auf 4.600 zurückzuführen. Deshalb glaube ich, dass wir diesen Weg weitergehen können und dies der richtige Weg ist. Diejenigen, die den Bergleuten im Saarland versprechen, dass sie auf Dauer noch Bergbau exerzieren können, dass der Bergbau auf Dauer weitergeht, die reden an der Wirklichkeit vorbei. Was bei den Sozialdemokraten in diesem Bereich stattfindet, hat mit der Realität, hat mit der Wirklichkeit, nichts zu tun. Wer so redet, der weckt Hoffnungen, die er nicht wird einhalten können. Ich glaube, dass das den Bergleuten gegenüber verantwortungslos ist.

Auf der anderen Seite stehen die Bergbaubetroffenen. Diejenigen, die die Erderstürterungen hier insbesondere im Kreis Saarlouis aushalten müssen. Ich komme aus einem Bereich, der auch betroffen ist, allerdings nicht im Zentrum dieser Erderstürterungen liegt. Ich weiß, was das für eine Belastung für die Menschen ist. Deshalb habe ich Verständnis dafür, dass man den Wunsch hat, dass dies alles morgen zu Ende ist. Ich sage aber: Morgen zu Ende, das werden wir nicht verantworten können. Ich weiß, dass auch das nicht die Botschaft ist, die diejenigen gern hören, die heute Abend, draußen vor der Tür, ihrer Meinung Ausdruck verliehen haben. Dies ist ihr demokratisches Recht und vollkommen in Ordnung. Ich glaube aber, sie haben zumindest einen Anspruch darauf, dass wir ihnen sagen, wie lange sie das noch aushalten müssen. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir ihnen sagen, wie die Risiken wirklich sind. Alle Prognosen, die die DSK uns gegeben hat, was das Erderstürterungsgeschehen anbetrifft, alle Inaussichtstellungen, dass es weniger wird, dass es aufhört, haben nicht getragen. Auch das halte ich für nicht akzeptabel. Die DSK ist verpflichtet zu sagen: So sind die Risiken, das wird möglicherweise auf uns

zukommen. Dabei muss man ehrlich sein und nicht mit Illusionen und Hoffnungen versuchen, die Menschen ruhig zu stellen. Das geht am Ende schief.

Die Bergbaubetroffenen haben einen Anspruch darauf, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um solche Ereignisse zu verhindern oder wenigstens in ihren Auswirkungen zu minimieren. Sie haben einen Anspruch darauf, dass eingetretene Schäden großzügig und unbürokratisch reguliert werden. Die jetzige Rechtslage, das jetzt geltende Bundesberggesetz, ist geprägt durch eine sehr starke Gewichtung der Interessen der Bergbautreibenden. Deshalb werden wir prüfen, ob wir im Wege einer Bundesratsinitiative, gemeinsam mit Peter Altmaier in der Bundesregierung, gemeinsam mit unseren Bundestagsabgeordneten in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wege finden können, um die Rechtslage zu verändern und um auf der Basis der Rechtslage Handlungsmöglichkeiten für die Politik zu gewinnen, die wir bisher nicht gehabt haben. Das ist der Weg, den wir gehen können. Das ist es, was wir in Aussicht stellen können. Auch da sage ich: Ich weiß, das wird die Bergbaubetroffenen, das wird manche Betroffene in Falscheid, in Lebach, in Eidenborn, Nalbach und in anderen Orten nicht zufrieden stellen. Ich weiß aber auch, dass kein Politiker in Deutschland, egal welcher Farbe, wenn er heute in der Verantwortung stehen würde, das tun würde, was in diesem Land FDP und Grüne lauthals verkünden: Nämlich über Nacht den Bergbau einstellen. Auch da wird den Leuten einiges an Versprechen gemacht, was man nur deshalb verspricht, weil man genau weiß, dass man es nie einhalten muss. Auch das ist keine redliche Politik und deshalb nicht unser Weg.

Wir werden uns für einen offenen Dialog einsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Beteiligten sich auf ein Szenario des Auslaufbergbaus verständigen. Den Versuch haben wir übrigens bei den Koalitionsverhandlungen bereits gemacht. CDU und CSU in ihrer Gesamtheit hatten in den Koalitionsverhandlungen einen Formulierungsvorschlag gemacht, den Auslaufbergbau in der Koalitionsvereinbarung festzuschreiben. Das ist am Widerstand der Sozialdemokraten gescheitert. Insofern hat der ein oder andere heute Abend vor der falschen Tür gestanden, mir aber glaubwürdig versichert, dass man sich zur anderen Tür auch noch hinbegibt. Wir werden auf dieser Grundlage auch mit den Bergbaubetroffenen den Dialog führen, sie haben einen Anspruch darauf. Eines will ich an diesem Punkt allerdings auch sagen: Ich glaube, dass in dieser Debatte nicht nur die IG BCE, auch nicht nur die DSK unser Ansprechpartner sein kann. Ich weiß, dass in dieser Debatte unsere Kommunalpolitiker, unser Bürgermeister in Lebach, unsere Ortsvorsteher in den Ortsteilen der betroffenen Kommunen eine sehr verantwortungsvolle Rolle wahrnehmen und ich möchte mich deshalb bei Ihnen, bei unseren Ortsvorstehern, bei Arno Schmidt, für diese Verantwortungsrolle ganz, ganz herzlich bedanken. Das ist eine schwere Aufgabe, die da gemeinsam wahrgenommen wird.

Wir gehen in diesem Bereich einen Weg der Verantwortung und nicht einen Weg der unhaltbaren Versprechen. Ich glaube, dass dies der einzig mögliche Weg in diesem Zusammenhang ist. Wir werden auf dieser Grundlage unseren Beitrag dazu leisten, dieses Thema zu einer verträglichen Lösung zu führen. Ob das in dieser Legislaturperiode, ob das unter den Bedingungen der Großen Koalition gelingt, kann heute niemand sagen. Wir werden uns jedenfalls für ein solches Szenario im Interesse aller Betroffenen auf der einen, wie auf der anderen Seite einsetzen. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass die gegenwärtige Diskussion um den so genannten Börsengang der RAG redlich geführt wird: der Börsengang der RAG kann nicht damit enden, dass die RAG ohne die Kohle an die Börse geht und die Kohle einfach wieder

an den Staat überantwortet. Ein Modell, das da lautet „Die Chancen, die Gewinnaussichten werden privatisiert und die Risiken, die Probleme werden sozialisiert und hat der Staat zu tragen“ ist nicht fair. Aus diesem Grund wird die saarländische Landesregierung einem solchen Modell auch nicht zustimmen.

Das Saarland, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich in schwieriger Zeit gut behauptet. Wir haben vor wenigen Tagen die Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland auf den Tisch bekommen. Das Saarland war nicht nur wachstumsstärkste Region, wachstumsstärkstes Bundesland im Jahr 2005. Stärker als Bayern, stärker als Baden-Württemberg, stärker als Rheinland-Pfalz und stärker als Hessen. Von anderen will ich gar nicht reden. Wir haben mit einer Wachstumsquote von 2,7 % den Bundesdurchschnitt, der bei 0,9 % lag, um das Dreifache übertroffen. Die Wirtschaft dieses Landes ist trotz aller Strukturprobleme im Montanbereich drei Mal schneller gewachsen, als die Wirtschaft in Deutschland. Hinzu kommt, dass wir bereits im Jahr 2004 ein überdurchschnittliches Wachstumsergebnis hatten. In der Arbeitslosenquote liegt das Land mittlerweile auf Platz 5 aller Bundesländer, beim Ausbildungsangebot haben wir eine Spitzenstellung. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nirgendwo in Deutschland so stark zurückgeführt worden, wie im Saarland. Das ist die Bilanz unserer Arbeit. Liebe Freunde, nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich in aller Offenheit sage, dass ich mich manchmal schon wundere, wie mancher, der von sich behauptet, für dieses Land da zu sein und für dieses Land die Stimme zu erheben, mit diesen Tatbeständen umgeht. Wenn zu früheren Zeiten eine solche Bilanz in diesem Lande zu präsentieren gewesen wäre, hätten tagelang die Kirchenglocken in diesem Land geläutet. Deshalb kann ich nur sagen: Lasst uns in diesem Land über die Probleme reden. Es soll überhaupt nicht verschwiegen werden, dass wir Probleme haben. Aber lasst uns auch über die Erfolge reden. Es kann doch nicht sein, dass aus einer Vielzahl von Bundesländern mittlerweile neidvolle Blicke ins Saarland gerichtet werden und bei uns die Medien und politischen Entscheidungsträger über diese Erfolge nicht reden. Dieses Land ist auf einem guten Weg. Wir können uns sehen lassen. Viele beneiden uns. Ein bisschen Stolz können wir sein.

Das heißt nicht, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhen können. Wer sich auf Lorbeeren ausruht, hat sie am falschen Körperteil. Es heißt vielmehr, dass uns diese Ergebnisse ermutigen sollen, weiter zu machen. Das uns diese Ergebnisse ermutigen sollen, nach vorne zu schauen. Im nächsten Jahr wird das Saarland 50. Das ist ein Geburtstag, der, wie ich aus eigener Erfahrung sagen kann, nicht weh tut. Obwohl die Spätfolgen der Geburtstagsfeier, wie ich auch aus eigener Erfahrung sagen kann, durchaus wehtun können. Es ist vielmehr eine Station, bei der man eigentlich in den allerbesten Jahren ist. Deshalb wollen wir gemeinsam in diesem Land dafür arbeiten, dass die nächsten 50 Jahre gute und erfolgreiche Jahre für unser Land werden. Ich sage: Wer soll es denn machen, wenn nicht wir? Wer hat denn in diesem Land die Kraft, das Land konstruktiv nach vorne zu bringen? Wer hat denn in diesem Land die Kraft, Notwendigkeiten Rechnung zu tragen und diese sogar in Positives weiterzuentwickeln. Ich kann mich auch erinnern, wie das im vergangenen Jahr war? Ich kann mich erinnern: Vor einem Jahr haben hier vor der Halle auch Leute gestanden und demonstriert. Das Thema damals war die Grundschulreform. Da gab es eine Bürgerinitiative, eine Volksinitiative, gegen die Grundschulreform. Da gab es den geschlossenen Widerstand der politischen Oppositionsparteien dieses Landes. Es ist heftig demonstriert worden. Und heute? Was stellen wir heute fest? Heute stellen wir fest: Wir haben den demographischen Notwendigkeiten, dem Schülerrückgang,

Rechnung getragen. Wir haben aber nicht nur die Schulstrukturen und die Schulstandorte verändert. Wir haben gleichzeitig die Qualität verbessert. Wir haben das Unterrichtsangebot ausgeweitet. Wir haben die Betreuungsmöglichkeiten ausgeweitet. Wir haben die Förderangebote für schwache Schüler ausgeweitet. Im vergangenen Jahr ist uns eine Protestdemonstration gegen diese Schulpläne mit mindestens 30.000 Teilnehmern angekündigt worden. Jürgen Schreier war auf der Demonstration. Er hat die Beine gezählt, er hat die Arme und die Köpfe dazu gezählt und es hat immer noch nicht für 30.000 gereicht. Und mittlerweile sind die Klagen, die eingelegt worden sind, zurückgenommen. Mittlerweile sind die Volksbegehren zurückgenommen. Mittlerweile gibt es keinen Protest mehr. Liebe Freunde, das zeigt: Demokratie und demokratische Führung heißt, Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, Rückgrat zu bewahren, und dasjenige, was man tun muss mit dem Instrument der Qualitätsverbesserung zu verbinden und umzusetzen. Das nutzt den Menschen. Das ist am Ende erfolgreich. Das ist der Weg der CDU, den werden wir weiter gehen.

Auch im Bildungsbereich sind wir nicht am Ende der Debatte. Nach der Grundschulstrukturreform hatten wir im letzten Jahr eine einigermaßen abstruse Situation vor dem Hintergrund der Erklärung des Kultusministers wonach dieser dafür sorgen wollte, dass man sich künftig in der Grundschule auch mit dem Thema Nationalhymne befasst. Da hat der Vorsitzende der GEW, ein gewisser Herr Kessler, erklärt: Wer will, dass sich Grundschüler mit der Nationalhymne befassen, der leistet dem Rechtsradikalismus Vorschub. Liebe Freunde, wo sind wir denn, wenn wir uns schon in der Schule nicht mehr mit unserer Nationalhymne befassen? Ich war stolz auf unsere Jungs und Mädels in Turin. Mir hat es gefallen, den Medaillenspiegel zu lesen. Ich gebe zu: Ich habe immer Medaillenspiegel gelesen. Auch in den Jahren, in denen öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten aus falsch verstandener „political correctness“ Medaillenspiegel nicht mehr publiziert haben. Ich freue mich jedes Mal, wenn bei olympischen Spielen, Weltmeisterschaften oder Europameisterschaften bei der Siegerehrung die deutsche Fahne nach oben gezogen wird. Ich will die Nationalhymne dann mitsingen können und ich glaube, unsere Kinder in der Schule wollen das auch. Es ist gut, dass das in der Schule unterrichtet wird. Zumindest ist damit sichergestellt, dass, wenn Pop- und Schlagergrößen bei einem Spiel der Fußball-Nationalmannschaft die Nationalhymne anstimmen, sie den Text des Deutschlandliedes nicht derart verballhornen, wie wir das haben erleben müssen. Liebe Freunde, nationale Identität, das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass man irgendwo rechts ist. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir nicht überzeugte Europäer, nicht Kosmopoliten sind. Nationalstolz hat nichts mit Nationalismus, sondern etwas mit Patriotismus zu tun. Patriotismus ist Liebe zum eigenen Vaterland und ohne Liebe zu unserem Vaterland hat dieses Vaterland auch keine gute Zukunft.

Deshalb packen wir an. Deshalb gehen wir diese Themen an. Ich frage Sie noch einmal: Wer soll es denn machen, wenn nicht wir? Schauen Sie sich die politischen Mitbewerber in unserem Land an. Da gibt es einen aus dem Kreis Saarlouis, Vorsitzender einer ehemaligen Volkspartei. Ich will ihn ja gar nicht qualifizieren. Ich weise nur darauf hin, dass der Vorsitzende des Seeheimer-Kreises, das sind die Konservativen in der SPD, mit Blick auf diese Person ein Attribut benutzt hat. Das Attribut war Leichtmatrose. Wen die eigene Truppe schon als Leichtmatrosen ansieht, der ist nicht in der Lage das Schiff dieses Staates zu lenken. Dann gibt es andere intellektuelle Überflieger. Bei dem vor wenigen Tagen stattgefundenen Landesparteitag der FDP hat der Generalsekretär, Herr Chatzimakakis, offensichtlich in völliger Verkenning der Handlungsspielräume der Rechtschreibreform erklärt, das F im Namen der

FDP stünde für pfiffig. Das war so ziemlich der konstruktivste Beitrag der gelben Farben zur Landespolitik im Saarland bisher. Was die Situation bei den Grünen anbetrifft, ersparen Sie mir bitte jeden Kommentar. Was da alles zwischen Ulrich und Pollock stattfindet, ist jedenfalls nicht zukunftsfähig für unser Land. Deshalb sage ich: Wir sind gefordert in diesem Land. Wir, die Christdemokraten, die CDU. Wir stehen in der Verantwortung und stellen uns der Verantwortung. Wir wissen, dass wir bei den Menschen sein müssen. Wir wissen, dass wir - wie Martin Luther es gesagt hat - die Aufgabe haben, den Menschen auf den Mund, Luther hat gesagt auf das Maul, zu schauen. Wir wissen aber auch, dass politische Verantwortung nicht heißt, jedem nach dem Munde zu reden, sondern dasjenige zu tun, was im Interesse des Gemeinwohles, was im Interesse unseres Landes, richtig ist. Unser Anspruch ist nicht politische Macht auszuüben. Unser Anspruch ist Verantwortung zu tragen und zu dienen. Wir wollen in der Gemeinde Schwalbach, im Kreis Saarlouis und im Saarland dienen. Wir sind die gestaltende Kraft dieses Landes. Auf dieser Grundlage erarbeiten wir die Zukunft für den Kreis Saarlouis und das Saarland. Wir arbeiten mit an einer guten Zukunft in Deutschland. Das ist das Signal, das ist die Botschaft, die heute Abend von Schwalbach ausgeht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.